

Rucht, Dieter

Book Part — Digitized Version

Neue soziale Bewegungen oder: Die Grenzen bürokratischer Modernisierung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (1982) : Neue soziale Bewegungen oder: Die Grenzen bürokratischer Modernisierung, In: Joachim Jens Hesse (Ed.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, ISBN 3-531-11581-2, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 272-292

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112632>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Neue soziale Bewegungen oder: Die Grenzen bürokratischer Modernisierung

Dieter Rucht

Einleitung: Die Herausforderung „konventioneller“ Politik

Will man den Zeitdiagnosen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen und politischen Lagern folgen, so treiben die westlichen Demokratien einer ernsthaften Krise zu. Zwar fehlt es nicht an Versuchen, zumindest die Angemessenheit und Stabilität des politischen Institutionengefüges zu beschwören und den Krisenbefund einer „wohlfeilen Krisen- und Diffamierungsrhetorik“ (*Sontheimer*) zuzuschreiben oder gar ihn darauf zu reduzieren. Man mag auch die Themenkonjunkturen von Legitimitätskrise, Grundwertediskussion, Unregierbarkeit, Parteienverdrossenheit, Kulturkrise oder Sinnkrise auf die Selbstläufigkeit eines wissenschaftsinternen und publizistischen Beschäftigungsprogramms mit zurückführen. Aber man wird nicht umhin können, gravierende Steuerungsprobleme und subjektive, über den intellektuellen Kulturpessimismus hinausgehende Krisenstimmungen zu verzeichnen.

Auf dem Hintergrund eines weit verbreiteten, diffusen Unbehagens kristallisiert sich zunehmend die dezidierte Ablehnung bislang tragender Wertmuster, gesellschaftspolitischer Optionen und Lebensstile heraus. *Ronald Inglehart* hatte die grundlegende Dimension dieses Prozesses als generationenspezifischen Wertwandel analysiert. Er charakterisierte die Ablösung von „acquisitiven“ zu „nachbürgerlichen“ (post-bourgeois) (1971) bzw. von „materialistischen“ zu „postmaterialistischen“ Wertpräferenzen (1977) als „silent revolution“. Hält man sich die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik der letzten Jahre, soweit sie mit dem Wertwandel in Verbindung gebracht werden können, vor Augen, so fällt es schwer, von einer *stillen* Revolution zu sprechen.

Mehr denn je in der Geschichte der Bundesrepublik findet die politische Auseinandersetzung auf der Straße, an den Bauplätzen von industriellen Großprojekten, in direkter Konfrontation mit exekutiven Organen, kurz: außerhalb der vorgesehenen Institutionen und Bahnen statt. Die „konventionelle“ Politik ist dabei in einer doppelten Weise, in ihren Inhalten *und* Formen, herausgefordert. Diese Politik, verkörpert durch den modernen Wohlfahrtsstaat, ruhte auf zwei tragenden Säulen: (a) einer hohen ökonomischen Leistungsfähigkeit, welche sich in einem stattlichen und relativ stetigen Wirtschaftswachstum niederschlug und dessen motivationale Grundlage der Besitzindividualismus bildete und (b) einer repräsentativ-demokratischen Struktur, welche die formelle Freiheit und Gleichheit aller Bürger sichert, rechtsstaatliche Kontrollverfahren institutionalisiert und die turnusmäßige Ablösung von Eliten gestattet. Grundlage dieser

Struktur war der weitgehende *Partizipationsverzicht* großer Bevölkerungsteile, der durch materielle Sicherheit und politische Stabilität gleichsam „eingetauscht“ wurde. Beide Säulen können also nicht unabhängig voneinander gesehen werden.

Die Explosion partizipativer Forderungen, die „Grenzen des Wachstums“, das Aufkommen neuer Orientierungsmuster und die Erosion der Legitimitätsgrundlagen haben die Befürworter des Status quo in die Defensive gezwungen. Selbst wenn weiteres Wachstum garantiert werden könnte, so erhebt sich die Frage, ob es angesichts seiner selbstdestruktiven Folgen wünschenswert sei. Selbst wenn die partizipativen Spielräume erweitert und neuen Orientierungsmustern und Lebensformen begrenzter Raum gewährt würde, so bleibt die Befürchtung, ob damit nicht überschießende Potentiale freigesetzt würden, die die „konventionelle“ Politik überschwemmen und sukzessive außer Kraft setzen könnten.

Vor allem die für diese Fragen sensiblere sozialdemokratische Fortschrittsoption sieht sich diesen Problemen ausgesetzt, gibt zwiespältige, letztlich von zwei internen Lagern bestimmte Antworten und gerät immer stärker unter die Bedrängnis zweier Fronten. Auf der einen Seite stehen die Neokonservativen und versprechen klare, einfache Lösungen. Die Wirtschaft sei im Sinne des Monetarismus zu liberalisieren. Staat und Bürokratie gelte es abzubauen. Das politische *Laissez-faire* gegenüber dem oppositionellen Wildwuchs solle einer härteren Linie weichen. Der Sinnkrise gelte es durch ein Insistieren auf den klassischen bürgerlichen Tugenden von Fleiß, Disziplin und Selbstbescheidung entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite stehen die Kräfte, von denen im folgenden die Rede sein soll. Sie bilden ein heterogenes, unübersichtliches Spektrum, vereinen sich jedoch fallweise zu Negativkoalitionen gegen den „herrschenden Block“ (*Gramsci*). Hierzu zählen ökologistische Einzelkämpfer, versprengte Reste der 68er-Generation und der sog. K-Gruppen, grüne, bunte und alternative Parteien/Listen, Angehörige politischer und jugendlich-proletarischer Subkulturen, stigmatisierte Minderheiten (z. B. Homosexuelle), Frauengruppen, saturierte Bildungsbürger und existenzbedrohte bäuerlich-ländliche Schichten.

Teile dieses fluktuierenden und schillernden Protestpotentials sind in neue soziale Bewegungen eingebunden. Diese bilden, so meine These, kollektive und genuin politische Identitäten aus, sind die Triebfedern der derzeitigen außerparlamentarischen Opposition und stellen in ihrer Gesamtheit die „konventionelle“ Politik nachhaltig in Frage. Die negativen Kristallisationspunkte der neuen sozialen Bewegung bilden insbesondere die technokratischen, utilitaristischen, formalrepräsentativen, individualistischen und konsumeristischen Tendenzen der Vergesellschaftung. Positiv gewendet bedeutet dies u. a. die Forderung nach Autonomie, Partizipation, Überschaubarkeit, Gemeinschaftlichkeit, Unmittelbarkeit, Authentizität und Gefühlsbetontheit.

Diese vordergründige Dichotomie liefert allenfalls eine erste Orientierung, kann jedoch weder erklären, warum dieser Protest gerade jetzt dieses Ausmaß gewinnt noch beantworten, warum er die spezifische Form sozialer Bewegungen annimmt. Diesen Fragen soll im folgenden nachgegangen werden, um schließlich die durch die neuen sozialen Bewegungen eingeleiteten gesamtgesellschaftlichen Veränderungen perspektivisch einschätzen zu können. Vorab sollen jedoch der Begriff und die Erscheinungsform neuer sozialer Bewegungen erläutert werden. Der Ansatz dieser Fragestellung und der

hier zur Verfügung stehende Raum gebieten allerdings eine verdichtete, hoch aggregierte Darstellung.

I. Neue soziale Bewegungen – Begriff und Phänomenologie

Die breite und häufig nicht explizierte Verwendung von Kategorien wie „Populismus“ und „soziale Bewegung“ begünstigt eine Verwirrung und Inflationierung der Begriffe¹. Deshalb erscheinen hier einige klärende Anmerkungen angebracht, zumal die damit verbundenen analytischen Bestimmungsmomente für die weitere Darstellung und Argumentation fruchtbar gemacht werden können.

1. Der Terminus „*Populismus*“ wurde aus seinen ursprünglichen historischen Kontexten (v. a. als Bezeichnung für agrarpolitische Bewegungen in den USA und die russischen Narodniki, für Faschismus und Nationalsozialismus, Peronismus und Poujadismus) herausgelöst und auch für die Charakterisierung der modernen Volkspartei, für Formen der direkten Demokratie und schließlich für verschiedene literarische Richtungen verwendet (Canovan 1981: 3 ff.). Populismus kann die Form sozialer Bewegungen annehmen, ist jedoch mit diesen nicht gleichzusetzen. Entscheidend ist vielmehr

- (a) das Vorhandensein einer kollektiven Verunsicherung oder Bedrohung, sei es von außen, sei es durch politische oder soziale Marginalisierung, sei es durch den Zerfall orientierender Weltbilder und Deutungsmuster;
- (b) der demonstrative Appell an „das Volk“, die fiktive Unterstellung einer Identität der Interessen und des moralischen Empfindens bei einer breiten Mehrheit (Newfield/ Greenfield 1972), der Bezug auf das „plain people“ (McKenna 1974: XIII);
- (c) die Mobilisierung von patriotischen, anti-elitären und häufig anti-intellektuellen Dispositionen bei gleichzeitiger Empfänglichkeit für charismatische Führerfiguren;
- (d) ein bestimmtes ideologisches Syndrom – rechten oder linken Ursprungs – in Form einer „totalitären Philosophie über den Zusammenhang von Volk, Macht und Staat“ (Scheffler 1982: 62).

2. Will man an diesen Bestimmungselementen festhalten, so ergeben sich relativ klare und wohl auch sinnvolle Grenzziehungen zwischen den populistischen Formen sozialer Bewegungen und einem generalisierten Konzept sozialer Bewegungen. Dieses wurde in den USA sowohl im Rahmen einer Theorie des kollektiven Verhaltens (Blumer 1951; Smelser 1963 und 1968) als auch in einer stärker historisch orientierten Variante (Heberle 1951) entwickelt. In der Bundesrepublik bot insbesondere Rammstedt (1978) eine historische und zugleich systematische Konzeptualisierung, welche in ein generalisiertes Ablaufmodell sozialer Bewegungen mündet (kritisch dazu Rucht 1982: 208). Diese Überlegungen werden von Hegner (1980) weitergeführt. Daneben verdient die in erster Linie um eine begriffliche Klärung bemühte Abhandlung von Deltgen (1969) Beachtung. Der britische Autor Wilkinson (1971) diskutiert relativ ausführlich die Position von Blumer und Heberle, um zu einem eigenen „Arbeitsbegriff“ von sozialer Bewegung zu gelangen. Dieser ist m. E. allerdings zu weit gefaßt, insofern er ausdrücklich

hoch institutionalisierte und bürokratische Formen einschließt (1971: 27). Von Interesse ist dagegen die von *Wilkinson* vorgestellte und durch empirisches Material illustrierte Typologie sozialer Bewegungen.

Der Begriff „soziale Bewegung“ tauchte zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf. Bis in die 20er Jahre unseres Jahrhunderts war *die soziale Bewegung* ein Synonym für die Arbeiterbewegung (vgl. *Heberle* 1967: 439). Später wurde der Terminus auf andere Phänomene, u. a. auf die Lebensreform-, Agrar-, Jugend- und Frauenbewegung, aber auch auf Faschismus und Nationalsozialismus übertragen und schließlich auf politische, soziale und religiöse Strömungen vor der Arbeiterbewegung ausgedehnt (z. B. chiliastische und eschatologische Bewegungen bzw. Sekten, Bauernaufstände, plebejische Aufstände, Jakobiner, Chartisten usw.). Von diesen historisch älteren Formen soll hier ganz abgesehen werden. Gleiches gilt auch für nativistische, ethnische und nationalistische Bewegungen in den Ländern der Dritten Welt (*Mühlmann* 1966).²

Ebenso wie die Arbeiterbewegung lange als *die* Bewegung apostrophiert wurde, stand auch in den USA der späten 60er Jahre die Bezeichnung „The Movement“ (vgl. *Berger/Neubaus* 1970: 31 ff.) für den Protest gegen Rassendiskriminierung, Vietnam-Krieg und Anti-Kommunismus. Nach dem relativ abrupten Ende dieser Bewegung und auch der Studentenbewegungen in anderen westlichen Demokratien entfaltete sich in den letzten Jahren ein breites Spektrum von außerparlamentarischen Gruppen, die vereinzelt als „neopopulistische“ Bewegungen etikettiert werden (z. B. *Marin* 1980), für die sich jedoch zunehmend der Sammelbegriff „Neue Soziale Bewegungen“ durchsetzt (*Hirsch/Roth* 1980; *Hirsch* 1980; *Brand* 1981; *Evers* 1981; *Eder* 1981; *Grottian/Nelles* (Hrsg.) 1982). Das vor allem im publizistischen Bereich, aber auch von einzelnen Sozialwissenschaftlern (z. B. *Huber* 1980; *Schroeder/Süß* o. J.) verwendete catch-all-term „Alternativbewegung“ für die Gesamtheit von Bürgerinitiativ-, Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung, für jugendliche und politische Subkulturen, für „alternative“ Projekte ökonomischer, sozialer und kultureller Art erweist sich aus verschiedenen Gründen als problematisch und sollte enger gefaßt werden.³

3. Der Begriff „soziale Bewegung“ beinhaltet zunächst nur eine *Formbestimmung*. Bewegungen sind keine Organisationen im soziologischen Sinne, d. h. sie haben im Vergleich zu Verbänden, Betrieben, Anstalten, Parteien oder Kirchen einen relativ geringen Institutionalierungsgrad und keine geregelte Mitgliedschaft. Im Gegensatz zu komplexen und weitgehend formalisierten Organisationen, die den Organisationszweck weitgehend von den Motiven ihrer Mitglieder abkoppeln, suchen soziale Bewegungen einer gemeinsamen Motivation bzw. Betroffenheit möglichst *unmittelbaren* Ausdruck zu verleihen. „Die Motivation des einzelnen, sich zu beteiligen, ist abhängig davon, ob die Zwecksetzung der sozialen Bewegung den Individuen bewußt ist. Motiv und Zweck sind für die Beteiligten, für die Träger nicht trennbar.“ (*Rammstedt* 1978: 32). Hieraus ergibt sich häufig ein starker anti-institutioneller Affekt,⁴ eine flexible innere Struktur, die Neigung zu unkonventionellen und spontanen Aktionen, die relativ hohe personelle Fluktuation und der phasenabhängige Mobilisierungsgrad, der u. a. durch die Existenz konflikträchtiger Themen und Symbole und deren Rezeption durch die Massenmedien bestimmt wird.

Die *Motive* und *Inhalte* sozialer Bewegungen weisen ungeachtet ihrer konkreten Vielfalt eine abstrakte Gemeinsamkeit auf. Soziale Bewegungen in der Neuzeit sind immer und vor allem *politische* Bewegungen. Sie sind entweder kollektive Abwehrreaktionen gegen bestimmte Kehrseiten gesellschaftlicher Modernisierung oder aber sie klagen Ansprüche und Rechte ein, die mit dem jeweiligen Entwicklungsstand der Moderne potentiell bereitstehen. Soziale Bewegungen setzen also eine *relative Deprivation* (Runciman 1966) voraus.

Es erweist sich an dieser Stelle als notwendig, das Verständnis der Begriffe *Moderne* und *Modernismus* kurz zu erläutern. Die *Moderne* ist ein vielschichtiger Aufklärungs- und Rationalisierungsprozeß (im Sinne *Max Webers*), in dessen Verlauf traditionale Formen der Vergesellschaftung, subsistenzwirtschaftliche Produktions- und Lebensweisen und mythisch-religiöse Ordnungs- und Deutungsmuster zunehmend zurückgedrängt wurden. Die *Moderne* ersetzt „die Welt der unverrückbaren Gegebenheiten“ durch „hergestellte Wirklichkeit“ (Tenbruck 1976: 3). Ihr strukturelles Grundmuster besteht in einer fortschreitenden Systemdifferenzierung und Rollensegmentierung, welche neue Formen und Mechanismen der System- und Sozialintegration erforderlich machen. Den Werthorizont der *Moderne* bildet eine universalistische und selbstreflexive Ethik.

Mit *Modernismus* bzw. *Modernisierung*⁵ soll der historische Prozeß innerhalb der *Moderne* bezeichnet werden, der auf die absolute Durchsetzung der technisch-instrumentellen Rationalität gerichtet ist. Diese Rationalität dient nicht mehr der Rechtfertigung bestimmter Zwecke, sondern stellt sich in den Dienst beliebiger bzw. durch den Status quo vorgegebener Zwecke oder Funktionen. Unter dieser Prämisse reduziert sich auch die Demokratie auf ein bloßes Regelsystem. Demokratie wird zur Methode. Der modernistischen Vernunft gilt die Fortsetzung der Arbeitsteilung, die Intensivierung der ökonomischen Produktivität und der Technikentwicklung als Motor des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts und wird mit diesem tendenziell gleichgesetzt. Die motivationale Grundlage des *Modernismus* bildet ein rigides *Leistungsethos*, das wiederum eine entsprechende Disziplin und Selbstabstraktion voraussetzt. Politische, soziale und ökologische Folgelasten dieses Fortschrittskonzepts werden von seinen Anhängern nicht unbedingt bestritten; sie sollen gerade durch die konsequente Anwendung modernistischer Prinzipien, insbesondere durch den bürokratisch gesteuerten Einsatz von organisatorischen und technischen Mitteln minimiert oder beseitigt werden.

Indem die modernistische Vernunft nicht nur die Austauschprozesse mit der Natur reguliert, sondern auch die konkreten Bedürfnisse, Werthaltungen und Identitäten der Individuen der Logik formeller Rationalität zu unterwerfen sucht, schlägt sie um in die „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas), in Entfremdung, Desorientierung und Sinnverlust.

Diese hier nur sehr global angedeutete Funktionalisierung sozialer Beziehungen wird heute mehr denn je durch *Bürokratien* angeleitet und vorangetrieben. Diese Tendenz beinhaltet nicht nur eine Bürokratisierung i. e. S., sondern zugleich einen Prozeß der Monetarisierung, Verrechtlichung, Professionalisierung und Verwissenschaftlichung, welcher wiederum einer bürokratischen Vermittlung bedarf.

Die Formen und Folgelasten des Modernismus können universale wie partikulare Betroffenenheiten schaffen. Sie werden vor allem wahrgenommen als Bedrohung von ökonomischer Sicherheit (Proletarisierung), kultureller Identität (kulturelle Unterwerfung), sozialer Stellung (Marginalisierung, Stigmatisierung), psychischer Stabilität (Identitätsverlust), naturgebundener Reproduktion (ökologische Katastrophe) und physischer Existenz (Kriegsgefahr, atomarer Suizid der Gattung). Diese Betroffenenheiten bzw. Themen bilden jeweils einen Focus, um den sich einzelne soziale Bewegungen gruppieren können.

Beziehen sich diese Bewegungen auf spezifische Folgelasten des Modernismus, so entfalten sich auf der anderen Seite soziale Bewegungen, die einen rhetorisch und ideologisch proklamierten – evtl. auch juristisch verankerten –, aber politisch nicht eingelösten *Anspruch* einklagen (z. B. Bürgerrechtsbewegungen, Frauenbewegungen, Befreiungsbewegungen). Das Niveau dieses Erwartungshorizonts ist in der Moderne durch die zunehmende Entwicklung einer universalistischen Ethik gesetzt und kann durch politische Instanzen nicht beliebig unterlaufen werden.⁶ Das Auftreten sozialer Bewegungen signalisiert die systematische Verletzung dieses Anspruchs, so daß in aller Regel die jeweilige Thematik zumindest programmatisch in den Prozeß der Politikformulierung eingeht.

Die angedeuteten Probleme werden nicht nur von sozialen Bewegungen aufgegriffen, sondern in aller Regel auch innerhalb des politisch-administrativen Systems gesehen und zu bewältigen gesucht. Ungeachtet einer für potentielle Konflikte zunehmend sensibilisierten politischen Bürokratie sorgen jedoch externe Abhängigkeiten, immanente Zielkonflikte und Restriktionen allenfalls für graduelle Verbesserungen, vielfach für eine bloß kurzfristige Problemverschiebung. Gerade der Eindruck, daß von der institutionalisierten Politik keine nachhaltige Lösung bestimmter Probleme zu erwarten ist und/oder daß einzelne Themen und Problemgruppen nicht oder nur symbolisch repräsentiert werden, ist für das Aufkommen und den Bestand sozialer Bewegungen entscheidend. *Allerbeck* sieht in der „Querlagerung von Parteien- und Konfliktstruktur“ eine generelle Entstehungsbedingung für soziale Bewegungen mit politischer Orientierung (1973: 216). Für solche Bewegungen gewinnt die Option der *kollektiven Selbsthilfe* den Charakter der Zwangsläufigkeit. Die Bewegung erscheint ihren Trägern nicht nur als Rettungsanker, sondern sie stiftet zugleich eine soziale Identität, die andere Bindungen relativieren und überlagern kann. Sie vermittelt ein „Wir-Gefühl“ und bringt nicht zuletzt in ihrer *Formbestimmung* (*Narr* 1980) eine fundamentale Opposition zur „konventionellen“ Politik zum Ausdruck.

Entsprechend den unterschiedlichen Betroffenenheiten, Problemwahrnehmungen und Zukunftserwartungen ergeben sich auch unterschiedliche Rekrutierungsfelder und Trägerschaften, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden soll. Wesentlich erscheint allerdings die analytische Unterscheidung zwischen „vormodernen“ und „postmaterialistischen“ Potentialen. Während z. B. plebejische Bewegungen und bestimmte Agrarbewegungen einen Status quo ante anstreben und für die Verteidigung traditionell bestimmter Produktions- und Lebensformen eintreten, richtet sich der anti-modernistische Affekt postmaterialistischer Trägergruppen vor allem gegen überschießende, auf die instrumentelle Dimension reduzierte Momente der Moderne, die als technokratisch, bürokratisch, zentralistisch, kolonialistisch usw. denunziert werden und hier unter dem

analytischen Begriff „modernistisch“ subsumiert werden. Fundament und Maßstab dieser Kritik ist freilich der aufklärerische und emanzipatorische Gehalt der Moderne bis hin zur Anknüpfung an rationalistische Begründungen und eine universalistische Ethik.

Zusammenfassend lassen sich folgende Aspekte festhalten: Soziale Bewegungen (in der Neuzeit) sind kollektive Reaktionen auf einen Zustand relativer Deprivation, der entweder auf den existenz-, status- und identitätsbedrohenden Folgelasten der Modernisierung oder auf den uneingelösten Versprechungen und Erwartungen der aufklärerischen Moderne beruht. Soziale Bewegungen sind keine Organisationen mit geregelter Mitgliedschaft, sondern identitätsstiftende Gruppen, welche die Motive ihrer Anhänger möglichst unmittelbar zum Ausdruck zu bringen suchen und deshalb ab einem bestimmten Konfliktniveau zu spontanen und unkonventionellen Aktionen neigen. Sie setzen meist an konkreten, als historisch kontingent geltenden Mißständen an, entfalten sich jedoch im Zuge ihrer Formierung vielfach zu einer ideologisch profilierten Fundamentalopposition, die konstitutive Inhalte und Formen der etablierten Politik in Frage stellt.

4. Auf dieser Interpretationsgrundlage ergibt sich auch die konkrete Bestimmung *neuer* sozialer Bewegungen. Diese lassen sich in ihrer Gesamtheit weder durch ihre Form, noch durch ihren jeweiligen Inhalt (Frauenrechte, Frieden/Abrüstung, Demokratisierung usw.), noch durch ihre Trägerschaft bestimmen. Jeder Definitionsversuch in dieser Richtung scheitert wegen der Parallelen zu historischen Vorläufern an Abgrenzungsproblemen. Neu ist lediglich die aktuelle Konstellation, die diese Bewegungen hervorbringt und prägt. Neu ist das fast gleichzeitige Auftreten und der lose Verbund verschiedenster sozialer Bewegungen; neu ist das grundlegend gebrochene Verhältnis zum kapitalistischen Imperativ des Wirtschaftswachstums und zur Option des realen Sozialismus; neu ist das prekäre Mischungsverhältnis von hedonistischen und rationalistischen Elementen; neu ist die weitgehende Abkoppelung der Rekrutierung von Fragen der Verteilung, von Klassenkategorien, Profession oder Status (die zwar bei bestimmten populistischen Bewegungen ebenfalls vorhanden war, aber dann meist von patriotischen bzw. nationalistischen Syndromen begleitet wurde); neu ist schließlich eine Problemsicht, die eine atomare und/oder ökologische Katastrophe globalen Ausmaßes ins Auge faßt.

Die Gleichzeitigkeit verschiedener neuer sozialer Bewegungen in Gestalt der Bürgerinitiativ-, Ökologie-, Frauen-, Alternativ- und Friedensbewegung sowie einer Reihe politischer Subkulturen, ihre insgesamt breite soziale Verankerung und die teilweise Anbindung an post-materialistische Werte konstituieren zunehmend einen *gegenkulturellen* Zusammenhang, dessen harter Kern durch ein eigenes Kommunikationsnetz, relativ abgeschottete soziale Milieus, eine besondere expressive Symbolik, „alternative“ Lebensstile usw. stabilisiert wird. In diesem Sinne kursiert auch seit 1978 in der Bundesrepublik das Wort von der „zweiten Kultur“ (*Peter Glotz*). Hier liegt der Focus einer gesamtgesellschaftlichen Konfliktdimension. Diese läßt sich weder auf den Stellenwert eines „Krisengeredes“ (*Sontheimer*), einer „Randgruppe“ (*Löwenthal*), einer „anomischen“ Reaktion gegen die Wohlfahrtsgesellschaft (*Klages*) oder eines bloßen „Unbehagens in der Modernität“ (*Berger/Berger/Kellner*) reduzieren.

II. Entstehungsbedingungen und Erklärungsperspektiven

Wurden die allgemeinen Entstehungsursachen sozialer Bewegungen mit den Folgelasten des Modernismus und dem unerfüllten Anspruch der Moderne bezeichnet, so läßt sich diese Interpretation für die Genese neuer sozialer Bewegungen spezifizieren. Hierbei wird folgende Argumentationslinie entwickelt: Neue soziale Bewegungen sind Ausdruck und teilweise auch Katalysatoren (1) eines erhöhten politischen Legitimationsdrucks im Zuge der Repolitisierung der Gesellschaft durch zunehmende Staatsinterventionen, (2) der Grenzen politisch-administrativer Steuerungsleistungen durch fortschreitende Bürokratisierung, Zentralisierung und Verrechtlichung, (3) der Brisanz qualitativ neuer globaler Probleme und (4) der Erosion materialistischer Werte, Orientierungen und Lebensstile. Damit wird (5) das modernistische Paradigma nachhaltig erschüttert und (6) ein Trend zur gesellschaftlichen Entdifferenzierung eingeleitet, der allerdings durchaus ambivalente Möglichkeiten beinhaltet.

1. Eine grundlegende Voraussetzung für die Politisierung sozialer Bewegungen (im Unterschied etwa zu religiösen Sekten) ist die Einsicht, daß gesellschaftliche Verhältnisse nicht als Ausdruck einer göttlichen oder natürlichen Ordnung zu verstehen seien, sondern historisch kontingent sind.

Frühe anti-modernistische Reaktionen auf einen epochalen Säkularisierungsprozeß oder auf die industriekapitalistische Revolution fanden in der Regel keinen adäquaten Adressaten. So konnte sich die evolutionäre Dynamik von Konkurrenz- und Marktmechanismen quasi naturwüchsig, anonym und unpolitisch durchsetzen. Die Abwehrkämpfe richteten sich vielfach auf die Symptome oder verdinglichten Symbole einer in ihren Ursachen und Gesetzmäßigkeiten weithin unbegriffenen Entwicklung (z. B. bei den Maschinenstürmern). Diese Feststellung gilt mit gewissen Einschränkungen auch für agrarische Bewegungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die, sofern sie in ihrer defensiven Stellung gegenüber den Kapitalisierungs- und Rationalisierungsprozessen verharren, praktisch überrollt wurden.

Dagegen formte sich aus dem industriellen Proletariat eine offensive Arbeiterbewegung, die sich nicht gegen den ökonomischen und technologischen Fortschritt stemmte, sondern lediglich sein kapitalistisches Formprinzip und damit die bürgerliche Gesellschaft aufzuheben suchte. Erst mit der parlamentarischen Einbindung der Arbeiterbewegung und der „Institutionalisierung des Klassenkompromisses“ konnte die sogenannte soziale Frage des 19. Jahrhunderts entschärft werden. Materielle Zugeständnisse und die Verpflichtung auf konventionelle Verfahren der Interessenvertretung nahmen der Arbeiterbewegung ihre ursprüngliche Sprengkraft. Sie unterlag einem sukzessiven Prozeß der Desintegration als soziale Bewegung, der institutionellen Formierung und schließlich der Verbürgerlichung.

Parallel dazu entfaltete sich jedoch auf neue Weise die Möglichkeit einer politischen und sozialen Destabilisierung. Mit der zunehmenden Verschränkung von Staat und Gesellschaft, d. h. der Ablösung des liberalen Staates durch den modernen Interventionsstaat und schließlich dem Übergang zur politisch-administrativen Planung als einem Versuch der bewußten Zukunftsgestaltung geriet die Politik unter einen systematischen

Rechtfertigungsdruck. In dem Maße, wie die politische Administration im Dienste einer umfassenden „Daseinsvorsorge“ (*Forsthoff*) regulierende, kompensierende, gestaltende und planende Funktionen wahrnahm, bedurfte die Politik, die ja immer einzelne Gruppen und Interessen begünstigte, einer breiteren Rechtfertigung und Unterstützung. Absolute und relative Benachteiligungen, Mißstände, Planungsfehler und Planungslücken konnten nun eindeutig einem politischen Verursachungszusammenhang zugerechnet werden.

Als ein ideologisches Stabilisierungselement gegenüber der Möglichkeit fundamentaler Opposition diente der Verweis auf „Sachzwänge“ und die Kompetenz der zuständigen Experten sowie die Aussicht auf eine weitere Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse. Als institutionelles Stabilisierungselement fungierten die Volksparteien und die korporatistische Politikformulierung. Damit konnte zunächst nicht nur der gesellschaftliche Modernisierungsprozeß im Sinne und Interesse eines industriell-bürokratischen Leistungskerns fortgeschrieben und forciert werden, sondern es gelang zugleich, oppositionelle Gruppen zu integrieren oder zu marginalisieren. Neuere Entwicklungen signalisieren allerdings die Grenzen dieser Lösungsmuster. Die heute in praktisch allen Politikbereichen auflebende Kontroverse von Experten und Gegenexperten enthüllt den Mythos einer Politik als Vollzug von Sachzwängen. Die Aussicht auf eine allgemeine Steigerung des Wohlstands und der Lebensqualität steht mehr denn je in Zweifel. Die identitätsstiftende und integrative Funktion der Volksparteien, welche ihre enge Bindung an eine traditionelle Klientel zwangsläufig lockern mußten, weicht einer zunehmenden Parteienverdrossenheit, internen Desintegrationserscheinungen und der Neigung zu einem eher distanzierten, durch situative Einschätzungen geleiteten Wahlkalkül. Damit gewinnen soziale Bewegungen an Attraktivität.

2. Die zentrale Schaltstelle der Politik in nachliberalen Gesellschaften ist der politisch-administrative Komplex, durch den der Modernisierungsprozeß angeleitet und weithin in rechtsförmige Bahnen gegossen wird. Dieser Komplex ist den Prinzipien der Gewaltenteilung und der parlamentarischen Mehrheitsentscheidung tendenziell entzogen, obgleich er formal unmittelbar daran gekoppelt bleibt⁷. *Max Webers* Vision einer von der parlamentarisch-politischen Kontrolle weitgehend entbundenen Bürokratie als ein ehernes Gehäuse der Hörigkeit ist heute aktueller denn je zuvor. Setzte *Weber* noch auf die Entpolitisierung der Bürokratie, auf die Stärkung des Parlaments und die Figur des charismatischen Führers, so erscheinen diese Lösungen im Lichte der *Lubmannschen* Theorie als hoffnungslos veraltet. Aus der funktionalistischen Perspektive läßt sich die Bürokratie weder intern noch von außen durch eine Verantwortungsethik anleiten, sondern folgt systemischen Imperativen, welche ihrerseits die opportunistische Handhabung von Werten steuern und eine „Ideologieplanung“ induzieren. Das Arrangement sozialer Beziehungen ist allein auf positive Rechte und verfahrensförmige Legitimation gestützt. Faktisch schlägt sich dieses Arrangement als Bürokratisierungs- und Verrechtlichungstendenz nieder.

Klagen über die Bürokratisierung im Sinne eines „Übermuts der Ämter“ (*Vincent de Gournay*) sind durchaus nicht neu. Doch waren die Bürokratien in der Moderne nicht allein Ausdruck obrigkeitsstaatlicher Herrschaft, sondern besaßen auch historisch pro-

gressive Funktionen. Bürokratisierung, Zentralisierung und Verrechtlichung dienen der Durchsetzung formeller Gleichheit, größerer sozialer Gerechtigkeit und einer leistungsfähigeren gesellschaftlichen Reproduktion.

Heute dagegen, so scheint es zumindest großen Teilen der Bevölkerung, erreicht der Prozeß der „Durchstaatlichung“ einen kritischen Schwellenwert, jenseits dessen mehr Probleme erzeugt als gelöst werden, mehr Ungerechtigkeiten geschaffen als beseitigt werden. Die Politik, die sich im Alltag weitgehend durch Bürokratien und formale Reglements präsentiert, scheint demnach ein Eigenleben oberhalb der konkreten Probleme und Bedürfnisse der Individuen zu führen. Sie wird in ihren Funktionszusammenhängen immer weniger durchschaubar und kontrollierbar, aber bleibt doch an ihren konkreten Ergebnissen meßbar. Aus dieser Außenperspektive gelten somit nicht allein oder in erster Linie bestimmte Interessen, sondern auch bestimmte *Strukturen* als ursächlich für alltäglich erfahrene Mißstände.

Neue soziale Bewegungen wollen den Formen der „Stellvertreterpolitik“, der segmentierten, um nicht zu sagen taylorisierten Fachpolitiken und der hierarchisch-bürokratischen Organisation eine „Politik in erster Person“, ein ganzheitliches Problembewußtsein und basisdemokratische, selbstorganisierte und überschaubare Formen entgegensetzen. Politische Partizipation ist hierbei mehr als ein bloßes Instrument der Interessenpolitik. Sie ist Inhalt eines radikal-demokratischen Politikkonzepts, ist Vorschein einer neuen Gesellschaft, die das „eherne Gesetz der Oligarchie“ hinter sich gelassen hat. Solange freilich die Größe und die Reichweite der Komplexe „Staat“ und „Bürokratie“ eo ipso als ein Krisenfaktor gelten, befinden sich nicht nur neue soziale Bewegungen, sondern auch neoliberale Ideen im Aufwind, die ansonsten mit denen der neuen Protestgruppen wenig gemein haben.

3. Hatte eine Politik des „Mehr-Demokratie-wagen“, der inneren Reformen und der integrierten und langfristigen Planung zunächst große Erwartungen geweckt, so dominiert heute weithin der Eindruck eines den Problemen nachhinkenden Krisenmanagements, ja einer „Krise des Krisenmanagements“ (*Offe*). Angesichts dieser Not läßt sich die inkrementale Politik schwerlich als Tugend anpreisen. Die Eingriffstiefe und zeitliche Reichweite technologischer und politischer Weichenstellungen ist zunehmend mit Problemdimensionen verknüpft, denen die Strategie der kleinen Schritte und des trial and error-Verfahrens kaum mehr angemessen erscheint.

Theoretisch kann zwischen drei Modellvorstellungen unterschieden werden, die jeweils die generelle Problemstruktur bezeichnen, die neuen sozialen Bewegungen zugrundeliegt, durch diese angezeigt oder gar verstärkt wird. Man könnte sie um der Anschaulichkeit willen als Modell des Verschiebehahnhofs (I), des Dampfkessels (II) und der Katastrophe (III) bezeichnen. Das erste Modell unterstellt lediglich punktuelle oder sektorale Problemlagen, die entweder sachlich ungelöst oder sozial stark belastend sind, verneint jedoch die prinzipielle Überforderung des Gesamtsystems. Das zweite Modell betont die stetig oder gar exponential wachsende Problemstruktur, der relativ statische Grenzen (systemische Ressourcen, organisatorische und informatorische Verarbeitungskapazitäten oder soziale, motivationale und psychische Toleranzschwellen) gegenüberstehen. Ab einem gewissen Problemniveau kommt es zu unkontrollierbaren Entladungseffek-

ten, die sich als soziale Krisen (z. B. in Form von anomischen Protesten oder Revolutionen) niederschlagen. Das dritte Modell konstatiert wie das zweite die Explosivität einer möglichen Problemlage, führt allerdings im Unterschied dazu eine antizipierte Katastrophe nicht auf eine bloß graduelle Steigerung eines konventionellen Problemdrucks, sondern auf eine historisch völlig neue Qualität und Reichweite der Problemdimension zurück, welche tendenziell der Logik des „Alles-oder-Nichts“ gehorcht (z. B. Atomkrieg, Super-Gau in kerntechnischen Anlagen).

Aus der jeweiligen Problemsicht ergeben sich auch entsprechende Entlastungs- oder Lösungsstrategien. Im ersten Fall richten sich diese auf eine Umverteilung der Lasten, eine Optimierung der Ressourcenallokation oder eine Reduzierung des Anspruchsniveaus. Im zweiten Fall muß – bildlich gesprochen – entweder das Feuer, das den Dampfkessel erhitzt, unter ständiger Kontrolle gehalten werden oder es bedarf des Einbaus geeigneter Ventile. Im dritten Fall werden gravierende Strukturveränderungen gefordert, die gleichsam ein „Spiel mit dem Feuer“ definitiv ausschließen.

Soziale Bewegungen unterstellen in ihrer Problemwahrnehmung überwiegend die Modelle II und III, obgleich in der Anfangsphase ihrer Entstehung auch das Modell I hypostasiert werden kann. Insbesondere durch den Blick auf ökologische und atomare Krisenszenarios gewinnt die dritte Perspektive an Bedeutung und leitet die radikalisierten Versionen eines politischen Protestes, der sich mit marginalen Korrekturen nicht mehr zufrieden geben kann. Dabei geht es in Einzelfällen um nicht weniger als um die Anerkennung des demokratischen Mehrheitsprinzips, gegen das das Prinzip Betroffenheit, Leben und Verantwortung für künftige Generationen geltend gemacht wird (*Offe* 1980). Geradezu frappierend sind dabei gewisse Übereinstimmungen mit den Positionen konservativer Denker wie *Robert Spaemann* oder *Hans Jonas*. Manches deutet auf die Revitalisierung naturrechtlicher Begründungsmuster, ohne daß die Berufung auf eine identische Rechtsgrundlage notwendig zu einem Konsens führen müßte, wie der Streit um den § 218 lehrt („Recht des ungeborenen Lebens“ versus „Mein Bauch gehört mir“).

4. Der wohl gewichtigste, von den bereits angedeuteten Gesichtspunkten nicht unabhängige Faktor für die Entstehung neuer sozialer Bewegungen ist die Erosion bürgerlich-materialistischer Werte, Orientierungen und Lebensstile. Zählten für die Nachkriegsgeneration vor allem ein hohes Leistungsethos, Besitzindividualismus, Statussymbole, Konsumerismus und politische Enthaltensamkeit, so werden diese Orientierungen primär bei einer Minderheit von Jugendlichen relativiert oder kategorisch abgelehnt. Dieser Wandel war bereits in den subkulturellen Strömungen der 50er und 60er Jahre angelegt (*Hollstein* 1979), drang jedoch erst mit der Studentenbewegung einer breiteren Öffentlichkeit ins Bewußtsein. Ab den 70er Jahren richtete sich auch die Aufmerksamkeit der empirischen Sozialforschung (*Klages/Kmieciak* 1981) auf diese fortschreitenden Veränderungen. Sie wurden durch verschiedene Wertaggregate (materialistisch/postmaterialistisch; Establishment/Anti-Establishment) erfaßt und jüngst als Entwicklung einer „Neuen-Politik-Dimension“ (*Müller-Rommel/Wilke* 1981: 383) gedeutet, allerdings noch nicht systematisch auf die neuen sozialen Bewegungen bezogen.

Die Ursachen für diesen Wandel sind vielschichtiger, als es die auf dem Konzept der *Maslowschen* Bedürfnishierarchie fußende Erklärung *Ingleharts* nahelegen möchte. Hier wären Veränderungen der verschiedenen ökonomischen Sektoren, der Arbeitsqualifikation, der Familienstruktur und der weiteren Sozialisationsinstanzen, der Massenmedien usw. zu nennen. Hier wäre die Bedeutung der verlängerten Adoleszenz, die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualifikation, die Rolle der Freizeit, der Rückgang gewachsener Solidargemeinschaften, Strukturwandlungen der Politik usw. anzuführen und zu bewerten.

Neue soziale Bewegungen, die sich insbesondere aus jüngeren Altersgruppen, Angehörigen des Dienstleistungssektors und Personen mit hoher Bildungsqualifikation rekrutieren, sind eine Manifestation des Wertwandels, der in subtileren und gebrocheneren Formen längst auf breiter Ebene Fuß gefaßt hat. Die spektakulären Konflikte um technisch-industrielle Großprojekte (z. B. Atomkraftwerke, Flughafenprojekte) oder sonstige Modernisierungsvorhaben (Stadterneuerung, Sanierung) sind somit Ausdruck eines gesellschaftlichen Umbruchs, in dessen Verlauf sich neue Orientierungen, Politikverständnisse und Lebensstile herauschälen. Avantgardistische und radikale Verfechter der „neuen“ Politik sind dabei in erster Linie verschiedene Strömungen der Alternativbewegung (in einem engeren, gegenkulturellen Sinne), während großen Teilen der Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung eher eine intermediäre, die Gegensätze abschwächende Funktion zugesprochen werden kann (*Rucht* 1981). Hinter den aktuellen Konflikten steht somit ein grundlegender Dissens, der in der Dimension des Wertwandels verankert ist und vor allem darin seine historisch neue Qualität besitzt.

Nicht alles daran ist jedoch neu. Manche Erwartungen, die in den Forderungen nach Autonomie, Selbstverwirklichung und Lebensqualität anklingen oder sich im Postulat des „aktiven Bürgers“ niederschlagen, speisen sich aus den Traditionsbeständen der Demokratievorstellung eines *Perikles*, aus Christentum, Humanismus, Aufklärung und modernem Naturrecht, welche auf eine je spezifische Weise an der Idee des „guten Lebens“ festhielten. Hieraus erklären sich auch die breite Bündnisfähigkeit und der Rückhalt, den die vielfach ohne Geschichtsbewußtsein agierenden neuen sozialen Bewegungen gerade in den Kreisen finden, die diese Bestände bis in die Gegenwart vermittelten.

5. Auch soweit sich der Protest neuer sozialer Bewegungen anti-modernistisch gebärdet, liegt darin zunächst kein neues Element. Dies zeigen die Parallelen zwischen alter und neuer Frauenbewegung, zwischen Ökologiebewegung und Lebensreform- und Jugendbewegung, zwischen altem und neuem Pazifismus. Ungeachtet solcher Gemeinsamkeiten deutet jedoch heute vieles darauf, daß der modernistische Fortschrittsglaube grundlegend gebrochen ist und auf praktisch allen Ebenen zur Disposition steht. Es fällt somit schwer, diesen Bruch lediglich als Ausdruck zyklisch wiederkehrender Wellen von Kulturpessimismus und Zivilisationsmüdigkeit, d. h. als alten Wein in neuen Schläuchen zu interpretieren. Dies gilt selbst dann, wenn man in Rechnung stellt, daß jede Generation dazu neigt, eine Umbruchsituation zu dramatisieren und ihr einen epochalen Rang zuzuweisen.

Der anti-modernistische Protest weist durchaus irrationale und anti-rationalistische Schlagseiten auf, doch er ist nicht darauf zu reduzieren. Im Rahmen neuer sozialer Be-

wegungen findet sich der Rückgriff auf stilisierte Lebensformen und Quasi-Identitäten, auf Mythen und fremde Kulthandlungen, denkt man etwa an Stadtindianer, bestimmte Jugendsekten und einzelne feministische Gruppen. Insbesondere Jürgen Habermas verweist auf die Gefahr regressiver Geistesströmungen im Dunstkreis neuer sozialer Bewegungen. Zu den ohnehin existierenden „Altkonservativen“, die dem modernen Weltverständnis nur resignativ, mit nach rückwärts gewandtem Blick begegneten, gesellten sich nun die „Jungkonservativen“ mit ihrem Wunsch nach einer befreiten, von aller instrumentellen Vernunft gereinigten Subjektivität.

Man mag die mythische Inspiration als eine sinnvolle Orientierungshilfe in unserer Welt in Zweifel ziehen. Doch es bleibt fraglich, ob auch der antirationalistische Protest mit gleicher Geste ad acta gelegt werden kann, sofern dieser Protest den durch die Modernismus systematisch verdrängten Gefühlen, Affekten und expressiven Handlungen wiederum zu ihrem Recht verhelfen will. Wenn aufbegehrende Jugendliche ihre Welt als ein „Grönland“ identifizieren und die Parole „Nieder mit dem Packeis“ ausgeben, so lassen derartige Signale eher auf die Pathologie der Gesellschaft und weniger auf die ihrer Kritiker schließen.

Schließlich bleibt auch festzustellen, daß sich der Protest gegen den Modernismus nicht in Irrationalismen und Gefühlswallungen erschöpft, sondern durchaus eine rationale Seite hat. Er wird auch unter Berufung auf wissenschaftliche Erkenntnisse, kybernetische Prinzipien, technologische Möglichkeiten und praktische Experimente vorgetragen. Teilforderungen der Ökologiebewegung, die früher der Lächerlichkeit preisgegeben wurden, finden heute Eingang in die Regierungsprogrammatische. Wer engagierten Feministinnen eine Neigung zur Dramatisierung unterstellte, wird angesichts der Erfahrungen mit den Frauenhäusern darüber belehrt, daß die Wirklichkeit die rhetorische Dramatik überholt. Längst können sich die Kritiker der etablierten Politik auf regierungsamtliche Daten und Statistiken berufen. Längst finden sich an der Seite neuer sozialer Bewegungen qualifizierte Wissenschaftler, Technodissidenten, Militärfachleute usw., die zu zeigen versuchen, daß selbst in sich perfekte Programme und Projekte problematische Restrisiken und Folgekosten bergen, daß sich hochentwickelte und komplexe Systeme verselbständigend und als Ganze ihren Sinn verlieren können, obgleich sie ein ungeheures Potential an Wissen und Fertigkeiten bergen und freizusetzen vermögen.

Neue soziale Bewegungen begegnen den modernistischen Errungenschaften, insbesondere einer sich auf alle Lebensbereiche ausdehnenden verfahrensförmigen, instrumentellen Rationalität mit Skepsis. Sie stellen zunehmend die Frage nach dem Sinn eines gesellschaftlichen Fortschritts, der sich im wesentlichen in seiner ökonomischen und technologischen Dimension entfaltet, aber das subjektive Wohlbefinden eher vermindert, geschweige denn den millionenfachen Hungertod in der Dritten Welt, Folter, Kriegsgefahr, Ressourcenverschwendung und ökologische Krisen zu bannen vermag.

6. Die Fortschreibung der Systemdifferenzierung in Form einer Trennung von Politik und Moral, von Öffentlichkeit und Privatheit, von Zweck und Motiv, von Entscheidungsfindung und Konsensbeschaffung, von Expertenkultur und Alltagsbewußtsein, von Verantwortlichkeit und Betroffenheit usw. wird – verstärkt durch eine wachsende Sensibilisierung für immaterielle Werte, für Fragen der Lebensqualität – zunehmend als

ein Prozeß der Enteignung, Entfremdung und Identitätsbedrohung wahrgenommen. Neue soziale Bewegungen sind kondensierte, aktivistische Reaktionen auf diese Entwicklungen. Sie suchen – vielfach unbewußt – *gesellschaftliche Entdifferenzierungsprozesse* einzuleiten, um die auseinandergefallenen Elemente zu versöhnen. Damit geraten sie zwangsläufig mit dem modernistischen Paradigma in Konflikt, das ja gerade die funktionale Differenzierung und die Rollentrennung als Mechanismus zur Reduktion von Komplexität preist, um es in der Terminologie *Lubmanns* auszudrücken.

Vielfach ist der Gedanke, eine verlorengegangene Einheit wiederherzustellen, konstitutiv für die Motive und Ziele neuer Protestpotentiale. Kopf und Bauch, Mensch und Natur, Arbeit und Freizeit, Alltag und große Politik, Verantwortlichkeit und Betroffenheit sollen zusammengefügt werden. Nicht von ungefähr erwächst aus diesem „Traum von der großen Harmonie“ (*Jean Servier*) auch das Interesse an archaischen Mythen und an modernen Sozialutopien.

Der Preis, der für eine partielle Rücknahme der Arbeitsteilung, für Entdifferenzierung zu bezahlen ist, wird von einzelnen Trägern sozialer Bewegungen unter hohen persönlichen Opfern erbracht, jedoch kaum hinsichtlich seiner gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen systematisch reflektiert. Die sozialen Entlastungseffekte wie die wachsenden Spielräume für Individuierungsprozesse durch die gesellschaftliche Differenzierung gilt es sorgsam abzuwägen. Hier liegt eine problematische Naivität neuer sozialer Bewegungen. *Dezentralisierung*, Überschaubarkeit, Autonomie, also Ziele, die bei neuen sozialen Bewegungen affektiv hoch geladen sind, können systemische Entlastungen begünstigen (und werden dort mit politisch-administrativen Reformprogrammen konvergieren können) oder verhindern. Sie bieten aufklärerischen wie reaktionären Tendenzen mögliche Anknüpfungspunkte. Zwar kann eine politisch-administrative Dezentralisierung fallweise Kosten senken, Funktionalität erhöhen und/oder einen höheren Grad an sozialer und persönlicher Selbstbestimmung zur Folge haben. Doch es bleibt durchaus offen, ob nicht der Zugewinn an Entscheidungsspielräumen auf unteren Ebenen in den Dienst einer partikularen und rücksichtslosen Interessenpolitik gestellt wird, welche von politischen und rechtlichen Kontrollen weitgehend freigesetzt ist (*Smith* 1971: 9 ff.; *Hart* 1972: 606).

III. Neue gesamtgesellschaftliche Konfliktlinien

Die zunehmende Reichweite und Intensität bürokratischer Interventionen, die Verlagerung der politischen Entscheidungsproduktion auf die Exekutive, der Ausbau der Dienstleistungsfunktion der öffentlichen Verwaltung und schließlich der Übergang zur politischen Planung begünstigen die Ausbildung einer direkten Konfliktlinie zwischen der politischen Administration und den neuen Protestpotentialen (*Rucht* 1982: 17 ff.). Damit prallen – vor allem durch das Engagement gegenkultureller Gruppierungen – weitgehend unvereinbare Politik- und Fortschrittskonzepte aufeinander. Die in den spektakulären Konflikten offenkundige Frontstellung zwischen der politischen Exekutive und den neuen Protestbewegungen ist jedoch nur Teil einer weitergehenden Auseinandersetzung, deren Konsequenzen noch kaum abzuschätzen sind.

Es ist vielfach betont worden, daß der gegenwärtige Widerspruch zwischen „alter“ und „neuer“ Politik nicht zureichend durch Verteilungskonflikte, Funktionsprobleme der demokratischen Repräsentation oder durch parteipolitische Gegensätze beschrieben werden kann. Spätestens seit der ökologischen Diskussion der 70er Jahre und der Formierung anti-modernistischer Protestbewegungen haben die Begriffe rechts/links ihre ursprüngliche Trennschärfe verloren. Damit soll nicht bestritten werden, daß das Rechts-Links-Kontinuum weiterhin eine orientierende und identitätsstiftende Funktion haben kann. Allerdings liegen neue Problemperezeptionen und neue politische Gravitationsfelder quer dazu, so daß sich insgesamt komplexe Überlagerungsverhältnisse ergeben. Mehr oder weniger institutionalisiert können diese Gravitationsfelder eine Identität als „Bewegung“ oder „alternative“ Partei abgeben. Das äußere Bild einer relativen Geschlossenheit vor dem politischen Gegner sollte allerdings nicht den Blick auf die inneren Gegensätze und prekären Koalitionen der Protestgruppen trüben.

Aus analytischer Sicht wurden verschiedene Versuche unternommen, um diese neuen Konfliktdimensionen zu systematisieren. Die auf der Wertebene angesiedelte Dimension von materialistischen und postmaterialistischen Orientierungen ist bereits mehrfach angesprochen worden. Teils im Anschluß an dieses Konzept, teils unter Berücksichtigung einer ganzen Reihe von virulenten Problemlagen hat *Joachim Raschke* versucht, die gegenwärtige Lage als eine Phase des *Paradigmenwechsels* zu deuten. Nach einer Epoche des „Herrschaftsparadigmas“ und des darauffolgenden „Verteilungsparadigmas“ entfalte sich derzeit ein Paradigma der „*Lebensweise*“, charakterisiert durch die Betonung personaler Bedürfnisse und Motivlagen, also eine „Rückbewegung vom Systemdenken zum Individuum und seinen Bedürfnissen als primären Ansatzpunkt der Politik“ (1980: 30). Hier scheint *Raschke* einerseits zu verkennen, daß z. B. gerade das ökologische Denken ein Denken in Systemstrukturen und kybernetischen Kreislaufmodellen ist, die generellen Austauschbedingungen von Natur und Gesellschaft in Betracht zieht und damit keineswegs primär auf individuelle Bedürfnisse abstellt. Auf der anderen Seite scheint er mit Blick auf Frauenbewegung, hedonistische Linke und Sponti-Milieu, psychosoziale Gruppen und Sekten usw. zu sehr der Selbstthematizierung bestimmter Bewegungen aufzusitzen und die grundsätzliche Fortdauer der Herrschafts- und Verteilungsfrage zu unterschätzen.

Illich, dessen Arbeiten sich darauf konzentrierten, die Kehrseiten einer nach seiner Auffassung übertechnisierten und überprofessionalisierten Reproduktion in den Bereichen des Verkehrs, der Medizin und des Schulwesens aufzuzeigen, sieht wie *Raschke* eine Verschiebung der Konfliktfronten: Beziehen sich die traditionellen Auseinandersetzungen auf „Hierarchie, politische Herrschaft, Besitz an Produktionsmitteln und Verteilung der Ressourcen“, so werden zwei neue Dimensionen durch die technischen Alternativen von „hart“ und „sanft“ sowie durch die Alternativen einer wachstums- und warenintensiven Ökonomie auf der einen und einer subsistenz- und gebrauchswertorientierten Wirtschaft auf der anderen Seite bezeichnet. Bestimmte gesellschaftliche Optionen ließen sich demnach in einem dreidimensionalen Koordinatensystem verorten, dessen Achsen die genannten Konfliktdimensionen bilden. „Die Form des Gesellschaftsideals“, so *Illich*, „wird künftighin von den Entscheidungen in diesen drei unabhängigen Achsen abhängen. Die Glaubwürdigkeit eines Gemeinwesens wird am Grad der öf-

fentlichen Partizipation in jeder dieser Optionen gemessen werden“ (1982: 103). Dieser normative Bezugspunkt ist allerdings wohl zu sehr von der Annahme geprägt, heute hätten „nur noch wenige Menschen . . . eine instrumentelle Auffassung von einer erstrebenswerten Gesellschaft“ (ebd., 100). In analytischer Hinsicht wiederum ist fraglich, ob mit der zweiten und dritten Konfliktachse wirklich voneinander unabhängige Dimensionen bezeichnet werden.

Eine relativ differenzierte Analyse gesamtgesellschaftlicher Konfliktdimensionen bietet *Brand*. Er typisiert drei sich empirisch allerdings überschneidende Konfliktlinien: industrieller Leistungskern/Peripherie, Materialismus/Postmaterialismus und Modernismus/Antimodernismus: „Die erste wird aus einer ökonomiekritischen bzw. klassentheoretischen Analyse, die zweite als Einstellungskonstrukt, die dritte aus der Geschichte sozialer Bewegungen gewonnen . . . Jede ist sozialstrukturell verankert. Versteht sich das für die Konfliktlinie ‚industrieller Leistungskern/Peripherie‘ von selbst, so verweist die Konfliktlinie ‚Materialismus/Postmaterialismus‘ auf die zunehmende ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung des Dienstleistungssektors, insbesondere des Sektors der Humandienstleistungen. Die Konfliktlinie ‚Modernismus/Anti-Modernismus‘ besitzt ihre strukturelle Basis in den von der industriellen Modernisierung bedrohten handwerklich-bäuerlichen Schichten, oder allgemeiner, in den an der Erhaltung traditional organisierter Lebensverhältnisse interessierten Bevölkerungsgruppen.“ (1982: 171).

Dieses Konzept erscheint als das bislang fruchtbarste. Eine Differenz dazu sehe ich lediglich im Verständnis der Kategorie „Anti-Modernismus“. Diese ist bei *Brand* für den identitätsstiftenden Bezug auf traditionale bzw. vormoderne Orientierungen und Lebensformen reserviert, während m. E. diese Elemente ohnehin in nur sehr gebrochenen Formen existieren, häufig nur einen deklamatorischen Charakter haben und innerhalb der neuen sozialen Bewegungen lediglich eine marginale Rolle spielen. Dagegen weisen post-materialistische Strömungen vielfach eine antimodernistische Stoßrichtung auf, indem sie sich etwa gegen modernistische Errungenschaften wie hohe Arbeitsteiligkeit, Expertenkultur, Bürokratisierung, Verrechtlichung, Monetarisierung usw. wenden.

IV. Konfliktstrategien und gesellschaftspolitische Optionen

Löst man sich von der Ebene manifester Einzelkonflikte und den damit verbundenen Taktiken und Strategien, so stellt sich für die „konventionelle“ Politik das Grundproblem, ob die Protestpotentiale, die eine mehr oder weniger radikale Veränderung konstitutiver Prämissen und Strukturen des bestehenden Gesellschaftssystems anstreben, durch *Ausgrenzung* und/oder durch *Integration* neutralisiert werden können. Da es keine eindimensionale Interessenlage der „konventionellen“ Politik gibt, muß diese Frage im Hinblick auf die derzeit relevanten gesellschaftspolitischen Kräfte, auf deren traditionelle Anliegen und langfristige Optionen beantwortet werden. Vereinfacht läßt sich eine sozialdemokratische, eine neoliberale und eine neokonservative Position ausmachen. Diese besitzen insgesamt eine relativ hohe Affinität zum Modernismus. Sie

suchen im Prinzip, wenn auch teils unter Betonung qualitativer Aspekte, am ökonomischen Wachstumsimperativ festzuhalten und sehen gerade darin ein Mittel, um die Kompensation der Folgeprobleme des Wachstums zu kompensieren.

Wichtigstes Ziel der neokonservativen und neoliberalen Variante ist eine Rückverlagerung ökonomischer Funktionen vom Staat auf den Markt und eine größere Individualisierung sozialer Risiken. Dagegen sucht die sozialdemokratische Variante die staatsinterventionistische Entwicklung fortzuführen, wenn auch erheblich verunsichert angesichts der Grenzen des neoklassischen Krisenmanagements, der offenkundig gewordenen Planungsrestriktionen, der Probleme der Politikimplementierung, der Tendenz zur Überkomplexität (z. B. durch Politikverflechtung), der Kontraproduktivität und des „Staatsversagens“ (Jänicke 1980).

Damit gerät die Sozialdemokratie in die bereits eingangs angedeutete Zwei-Fronten-Position zwischen konservativen bzw. liberalen Kräften einerseits und den neuen sozialen Bewegungen andererseits. Hieraus entwickelt sich zumindest partiell eine Zangenbewegung, wenn sich die Forderungen dieser Gruppen, und sei es auch bloß rhetorisch, im Einklang bewegen (z. B. Entstaatlichung). In Anbetracht der Diskrepanz zwischen dem traditionellen Anspruchshorizont der Sozialdemokratie und der Reichweite des derzeitigen Krisenmanagements haben praktisch alle gesellschaftspolitischen Alternativen eine hohe Suggestivkraft für große Bevölkerungsteile. Dies gilt zumal dann, wenn relativ simple, theoretisch schwer zu falsifizierende Patentlösungen angepriesen werden.

Die Kräfte im konservativen und im sozialdemokratischen Lager, die gegenüber sozialen Bewegungen für eine strikte und durchgängige Strategie der „sozialen Kontrolle“ (Gamson 1968), der Ausgrenzung, zumindest des weitgehenden Totschweigens plädieren, verkennen die objektive Situation. Mit der Verbreitung postmaterialistischer Werte, den enttäuschten Planungs- und Reformhoffnungen, den Grenzen des Wachstums, dem gestiegenen Umweltbewußtsein und der Erschütterung des modernistischen Fortschrittskonzepts werden die mit der Moderne verknüpften Werthorizonte, der mit dem Staatsinterventionismus gesetzte Rechtfertigungsbedarf, die faktische Kontraproduktivität der industriell-bürokratischen Superstruktur und die Sinnkrise gleichzeitig virulent. Politisch-administrative Steuerungsprobleme, Ressourcenverknappung, Legitimations- und Motivationsprobleme verstärken sich wechselseitig in ihrer Wirkung und drohen die „konventionelle“ Politik zu überfordern.

Mit der Entstehung mehrerer Bewegungen, die sich auf diese Problemlagen beziehen, durch diffuse Gemeinsamkeiten verbunden sind und teilweise in die etablierten Institutionen hineinragen, lassen sich die verschiedenen Probleme weder verdrängen, noch beliebig verlagern, noch erscheint eine Strategie der sozialen Ausgrenzung erfolgversprechend. Dramatisierungen und strategische Präferenzen der neuen Bewegungen, aber auch zunehmende Verteilungskämpfe werden die gegenwärtigen Konfliktlinien eher verstärken, während sich zugleich die finanziellen Spielräume und die legitimatorischen Reserven verknappen. Die Ausbildung einer politischen *Gegenkultur*, die durch intermediäre Gruppen gewährleistet fließenden Übergänge bis hinein in die Parteien, Verbände, Kirchen, Massenmedien und Bildungseinrichtungen und schließlich der rationale Kern des außerparlamentarischen Protests deuten auf eine langfristige und tiefgreifende Auseinandersetzung.

So setzt sich zumindest vereinzelt innerhalb der parteipolitischen und administrativen Eliten die Einsicht durch, daß neue soziale Bewegungen (a) ein breit verankertes, diffuses Unbehagen artikulieren, der außerparlamentarische Protest also potentiell generalisierbar ist und (b) ein Lösungspotential zur Bewältigung politisch-administrativer Probleme bieten und damit fallweise und begrenzt entlastend wirken können (v. a. im Bereichen wie Arbeitslosenselbsthilfe, Sozialdienste, Drogenprobleme, Jugendkriminalität).

Hier droht aus der Sicht der politischen Administration allerdings das Risiko einer *Politisierung* von Klientel und Publikum. Deshalb zeichnen sich bislang nur sehr heterogene und widersprüchliche Reaktionsmuster gegenüber neuen sozialen Bewegungen ab, die zudem noch durch die gesamtpolitische „Großwetterlage“, parteipolitische Bindungen, Interessenlagen der jeweiligen administrativen Ebenen und Fachpolitiken usw. beeinflusst werden. Die Wechselbäder von Umarmung und Abgrenzung tragen allerdings auch dazu bei, die internen Gegensätze sozialer Bewegungen zu fördern (z. B. in der Frage der „Staatsknete“, der Bereitschaft „alternativer“ und „autonom“ Projekte, staatliche Förderungsmittel zu akzeptieren), ohne allerdings den losen Verbund einer Negativkoalition auflösen zu können.

Als aussichtsreichste politisch-administrative Strategie erscheint die der „*indirekten Integration*“. Diese zielt im Unterschied zu platten Umarmungsstrategien und Pseudodialogen darauf, materielle Zugeständnisse inhaltlicher (z. B. ökologisch orientierte Politik) und formaler Art (z. B. Einbau partizipativer und plebiszitärer Elemente) einzuräumen. Je entschiedener allerdings diese Linie verfochten wird, desto mehr verschärfen sich auch die innerparteilichen und inneradministrativen Interessengegensätze (z. B. Innen-/Umweltministerien versus Wirtschafts-/Verkehrsministerien oder auch Widersprüche zwischen verschiedenen Fachabteilungen eines Hauses), ohne daß mit graduellen Zugeständnissen den neuen sozialen Bewegungen bereits der Wind ganz aus den Segeln genommen werden könnte. Die gleichwohl zu erwartenden externen Entlastungseffekte für die politische Administration sind also gegen interne Belastungseffekte abzuwägen, ohne daß halbwegs präzise und kompatible Verrechnungseinheiten in Aussicht stünden.

Ein weiteres Dilemma ergibt sich aus den potentiellen Widersprüchen zwischen der relativ kurzatmigen, an der Wahlarithmetik orientierten Parteipolitik und der längerfristig kalkulierenden, stärker auf die jeweilige Sachlogik verpflichteten Administration. Zuweilen stehen sich die Problemperzeptionen der ministeriellen Fachreferate und der neuen Protestgruppen näher, als es der äußere Eindruck vermuten ließe.

Auf lange Sicht ist wahrscheinlich, daß das modernistische Paradigma noch nachhaltiger als derzeit erschüttert wird. Auch ein repressiver Umgang mit den neuen sozialen Bewegungen kann diesen Prozeß nicht aufhalten, zumal auch „soziale Grenzen des Wachstums“ (Hirsch 1980) bestehen. Die Mißachtung der *politischen Grenzen der bürokratischen Modernisierung* würde die bestehenden Konfliktlinien verhärten und wechselseitige Lernprozesse blockieren. Somit liegt es im wohlverstandenen Interesse beider Seiten, für ein Klima der Toleranz zu sorgen und neue Experimente zu wagen.

Mit diesem Votum soll keine vorschnelle Harmonisierung und Verkleisterung bestehender Interessengegensätze betrieben werden. Selbst eine Einigung großer Teile der kon-

fligierenden Parteien auf einen Status der politischen Koexistenz könnte den Widerspruch zwischen „alter“ und „neuer“ Politik nicht aufheben und wäre zudem von massiven Konflikten innerhalb des politisch-administrativen Systems wie auch innerhalb der neuen sozialen Bewegungen verbunden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die Klagen über die uneinheitliche Verwendung des Begriffs soziale Bewegung bei *Deltgen* (1969: 411), *Wilkinson* (1971: 15 f.) oder *Allerbeck* (1973: 37). Vielfach findet sich selbst in Arbeiten, die sich zentral mit sozialen Bewegungen befassen, keine begriffliche Klärung (z. B. *Hobsbawm* 1962; *Puble* 1975).
- 2 *Bottomore* unterscheidet ältere, „präpolitische“ Bewegungen von den modernen sozialen Bewegungen (1981: 40). Die Entwicklung der letzteren gliedert er in drei Phasen: „Die erste bildet diejenige, in der Bewegungen wie z. B. die demokratische Bewegung und die Arbeiterbewegung in Europa, später die Suffragettenbewegung und die Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonialländern oder heutige Bewegungen in autokratischen Staaten die einzig wirkungsvollen Mittel darstellen, Mißstände zum Ausdruck zu bringen und politische Veränderungen herbeizuführen. Eine zweite Phase ist erreicht, wenn eine repräsentative Verfassung, ein allgemeines und gleiches Stimmrecht und freie Wahlen erkämpft sind und politische Aktionen außerhalb der formalen institutionellen Sphäre nicht länger erforderlich scheinen, obgleich sich in Krisenzeiten durchaus soziale Bewegungen, wie z. B. die Arbeitslosenbewegungen oder faschistische Bewegungen in einigen europäischen Ländern, entwickeln können. Die dritte, gegenwärtige Phase scheint mir durch ein beträchtliches Wiederaufleben und eine starke Vermehrung sozialer Bewegungen als mehr oder weniger permanente Erscheinungen des politischen Lebens charakterisiert zu sein, was eine ausgeprägte Tendenz zur Erweiterung der Demokratie indiziert.“ (1981: 51).
- 3 Entgegen seiner weit gefaßten additiven Definition der Alternativbewegung (1980: 10) beschränkt sich *Huber* inhaltlich auf das Spektrum der selbstorganisierten (ökonomischen) Projekte. *Kolenberger/Schwarz* betonen als Grundanspruch der Alternativbewegung die „Einheit von Arbeit und Leben“. „Trotz der Kontroversen und Schwierigkeiten bei der Definition dessen was alternativ heißt oder ausmacht, halten wir an dem Begriff fest. Er steht für einen (sub) kulturellen Lebensstil von Teilen einer breiteren Jugendbewegung, die neben Teds, Poppers, Mods, Skinheads und vor allem Punks mit ihren No-future-Stimmungen noch Spontis, Anarchos und die ebenfalls heterogene Hausbesetzerszene umfaßt.“ (1981: 2 f.). *Schroeder/Süß* lehnen einen weit gefaßten Sammelbegriff „wegen der nicht vorhandenen substantiellen Gemeinsamkeiten“ ab (1980: 9 a).
- 4 „Bewegung“ impliziert zugleich den *kollektiv-psychischen* Erregungszustand, die emotionale Aufgeloektheit, also die affektive Struktur, damit aber auch das Fließende, noch Unstabile, noch nicht in institutionelle Formen Gegossene. Die allmähliche Verfestigung kommt erst mit dem Absinken der Erregungskurve zustande.“ (*Mühlmann* 1966: 240).
- 5 Das historisch angelegte Verständnis von Modernisierung als Ablösung von traditionaler durch rationale Organisation (*Max Weber*), von mechanischer durch organische Solidarität (*Tönnies*) oder von Gemeinschaft durch Gesellschaft (*Durkheim*) wurde im Anschluß an den Strukturfunktionalismus von *Talcott Parsons* zu einem systematischen Konzept umgeformt. Modernisierung erscheint in terms der allgemeinen Systemtheorie als ein Prozeß der strukturellen Differenzierung, der verstärkten Anpassung, der Generalisierung von Mitgliedschaften und von Werten. In der amerikanischen Politikwissenschaft verbarg sich hinter den abstrakten Kategorien der Modernisierung vielfach die Hypostasierung der USA als die fortgeschrittenste und fortschrittlichste Gesellschaft, die u. a. den Ländern der Dritten Welt als Modell dienen sollte. Dieser Modernisierungsbegriff ist mit der hier bevorzugten Kategorie des Modernismus weitgehend identisch. Neuere Ansätze trennen aus guten Gründen den Fortschrittsbegriff vom Terminus „Modernisierung“ (z. B. *Zapf* 1975: 212) und kehren wiederum zu einem stärker historisch orientierten Begriff zurück (*Wehler* 1975). Eine umfassende Diskussion der soziologischen Modernisierungstheorien bietet *Habermas* (1981).
- 6 So sagt z. B. *Katz* in bezug auf die Bürgerrechtsbewegung und die Anti-Vietnam Bewegung in den USA: „They both have the advantage that the values which justify their thrust are part of

the value system of the larger society. In other words, they have legitimacy in the broader sense of the term in that they are sanctioned by the accepted ideology of society. The opposition in contrast has had great difficulty to justify its position." (1971: 206 f.).

- 7 Dieser Befund wird sowohl von wissenschaftlicher Seite als auch von den betroffenen Parlamentariern vielfach bestätigt. In der Bundesrepublik machte insbesondere *Thomas Ellwein* frühzeitig auf die Verselbständigungstendenz der Exekutive gegenüber der Legislative aufmerksam. Ähnliche Feststellungen finden sich auch in den Berichten der „Enquête-Kommission Verfassungsreform“ des Deutschen Bundestages.

Literaturverzeichnis

- Allerbeck, K. R.*, 1973: Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, München, Wien
- Berger, P. L./Neubaus, R. J.*, 1970: Movement and Revolution, Garden City/N. Y.
- Blumer, H.*, 1951: Social Movements, in: A. M. Lee (Hrsg.), New Outline of the Principles of Sociology, New York
- Bottomore, T.*, 1981: Politische Soziologie, Stuttgart u. a. (orig. Political Sociology, London 1979)
- Brand, K.-W.*, 1981: Analyse neuer Protestpotentiale. Ansätze zu einer Systematisierung der Diskussion, in: Journal für Sozialforschung 4/1981, 375–388
- Brand, K.-W.*, 1982: Neue soziale Bewegungen, Opladen (im Erscheinen)
- Canovan, M.*, 1981: Populism, London
- Deltgen, F.*, 1969: Was kann unter einer „Bewegung“ verstanden werden? In: Aspekte der Entwicklungssoziologie, hrsg. v. R. König, KZfSS Sonderheft 13, 410–429
- Eder, K.*, 1981: The „new“ social movements in historical perspective or: what is new in the „new“ social movements? (unveröff. Manuskript)
- Evers, A.*, 1981: Was entsteht mit den „neuen sozialen Bewegungen“? Fünf Thesen zu den Versuchen, sich davon einen Begriff zu machen (Thesenpapier für die Fachkonferenz der DVPW am 1./2.10.1981 in Essen – Arbeitskreis Großstadt und neue soziale Bewegungen)
- Gamson, W. A.*, 1968: Power and Discontent, Homewood
- Grottian, P./Nelles, W.*, (Hrsg.), 1982: Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel
- Habermas, J.*, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt a. M.
- Hart, D. K.*, 1972: Theories of Government Related to Decentralization and Citizen Participation, in: Public Administration Review, Vol. XXXII, Oct. 1972, 603–621
- Heberle, R.*, 1951: Social Movements: An Introduction to Political Sociology, New York (umgearbeitete und erweiterte deutsche Ausgabe: Hauptprobleme der Politischen Soziologie, Stuttgart 1967)
- Heberle, R.*, 1968: Social Movements, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. XIV, 438–452
- Hegner, F.*, 1980: Historisch-gesellschaftliche Entstehungsbedingungen und politisch-soziale Funktionen von Bürgerinitiativen, in: Hauff, V., (Hrsg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft, Villingen, 11–118
- Hirsch, F.*, 1980: Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise, Reinbek b. Hamburg (orig. Social Limits to Growth, Cambridge/Mass. 1976)
- Hirsch, J./Rotb, R.*, 1980: ‚Modell Deutschland‘ und neue soziale Bewegungen, in: Prokla 40, 14–39
- Hirsch, J.*, 1980: Der Sicherheitsstaat. Das ‚Modell Deutschland‘, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt a. M.
- Hollstein, W.*, 1979: Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen, Bonn
- Hobsbawm E. J.*, 1962: Sozialrebellien. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied und Berlin
- Huber, J.*, 1980: Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin
- Illich, I.*, 1982: Vom Recht auf Gemeinheit, Reinbek b. Hamburg
- Inglehart, R.*, 1971: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: The American Political Science Review, Vol. LXV, 1971, 991–1017
- Inglehart, R.*, 1977: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton, N. J.

- Jänicke, M., 1980: Zur Theorie des Staatsversagens, in: P. Grottian (Hrsg.). Folgen des reduzierten Wachstums für Politikfelder (PVS-Sonderheft 11), Opladen
- Katz, D., 1971: Group Process and Social Integration: A System Analysis of Two Movements of Social Protest, in: C. G. Smith (ed.), Conflict Resolution Contributions of the Behavioral Sciences, Notre Dame, Ind./London
- Klages, H./Kmieciak, P. (Hrsg.), 1981: Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a. M.
- Kolenberger, L./Schwarz, H.-A., 1981: Entstehungsbedingungen und Tendenzen der Alternativbewegung (Vorlage für die Fachkonferenz der DVPW am 1./2.10.1981 in Essen – Arbeitskreis Großstadt und neue soziale Bewegungen)
- McKenna, G., 1974: American Populism, New York
- Marin, B., 1980: Neuer Populismus und „Wirtschaftspartnerschaft“, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/1980, 157–176
- Mühlmann, W. E., 1966: Chiliasmus, Nativismus, Nationalismus, in: Soziologie und Gesellschaft. Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages v. 20.–24.5.1959 in Berlin, Stuttgart, 228–242
- Müller-Rommel, F./Wilke, H., 1981: Sozialstruktur und „postmaterialistische“ Wertorientierungen von Ökologen, in: PVS 4/1981, 383–397
- Narr, W.-D., 1980: Zum Politikum der Form, in: Leviathan 2/1980, 143–163
- Newfield, J./Greenfield, J., 1972: A Populist Manifesto. The Making of a New Majority, New York/Washington
- Offe, C., 1980: Politische Legitimation durch Mehrheitsentscheidungen: (Vortragsmanuskript, erscheint demnächst in der Zeitschrift für Sozialforschung)
- Puble, H.-J., 1975: Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften, Göttingen
- Rammstedt, O., 1978: Soziale Bewegung, Frankfurt a. M.
- Rammstedt, O., 1980: Die Bürgerinitiativbewegung unter Ideologisierungszwang in: Hauff, V., (Hrsg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft, Villingen, 481–532
- Raschke, J., 1980: Politik und Wertwandel in der westlichen Demokratie, in: beilage zur wochenzeitung das parlament B 36/1980
- Rucht, D., 1981: Bürgerinitiativen als Teil einer intermediären politischen Kultur, in: Journal für Sozialforschung 4/1981, 389–406
- Rucht, D., 1982: Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion und Herausforderung politisch-administrativer Planung, München
- Runciman, W. G., 1966: Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century England, London
- Schroeder, K./Süß, W., o. J.: Zur politischen Einschätzung der „Alternativbewegung“ (Reihe Occasional Papers, Forschungsgebietsschwerpunkt Ökonomie und Politik am FB 15 der Freien Universität Berlin)
- Scheffler, T., 1982: Populismus, Konservatismus und Neue Soziale Bewegungen, in: Die Neue Gesellschaft 1/1982, 60–63
- Smelser, N. J., 1963: Theory of Collective Behavior, New York
- Smelser, N. J., 1968: Essays in Sociological Explanation, Englewood Cliffs, N. J.
- Smith, B. L. R., 1971: Introduction, in: Smith/G. R. LaNoue, Urban Decentralization and Community Participation, American Behavioral Scientist, Vol. 15, No. 1, Sept./Oct. 1971, 3–14
- Tenbruck, F. H., 1976: Die Glaubensgeschichte der Moderne, in: ZfP 1/1976, 1–15
- Wehler, H.-U., 1975: Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen
- Wilkinson, P., 1971: Social Movement, London (dt. Soziale Bewegungen. Von Rousseau bis Castro, München 1974)
- Zapf, W., 1975: Die soziologische Theorie der Modernisierung, in: Soziale Welt 2/1975, 212–226